

Gleichheit

von *Sebastian Dullien*

Professor für Volkswirtschaftslehre an der HTW Berlin

„Gleichheit“ ist gemeinhin definiert als die Übereinstimmung einiger Merkmale bei bestehenden Unterschieden in anderen Merkmalen. Im Kontext der sozialen Demokratie geht es bei Gleichheit vor allem um den Abbau von Unterschieden in den sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen, während Verschiedenheit bei menschlichen Eigenschaften wie Religion, Lebensentwürfen, Nahrungsvorlieben, Geschmack oder sexueller Orientierung als Bereicherung der Gesellschaft wahrgenommen werden.

Umfragen unter Deutschen zufolge ist soziale und wirtschaftliche Gleichheit ein wichtiges Politikziel, das regelmäßig mit dem Begriff der „Gerechtigkeit“ assoziiert wird. Die Mehrheit der Deutschen ist sogar bereit, ein gewisses Maß an existierender persönlicher Freiheit zu opfern, um mehr Gleichheit und Gerechtigkeit zu erreichen.

Umstritten ist allerdings, ob sich die Politik auf die Schaffung reiner Chancengleichheit konzentrieren soll, oder ob sie zudem ein gewisses Maß an Gleichheit bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen anstreben sollte.

Im ersten Fall würde es darum gehen, dafür zu sorgen, dass etwa Kinder aus ärmeren und/oder bildungsfernen Haushalten die gleichen Chancen haben, Abitur und Hochschulabschluss zu erreichen. Zudem würden unter den Begriff „Chancengleichheit“ all jene Maßnahmen fallen, die dafür sorgen, dass sowohl auf staatlicher Seite als auch in der Privatwirtschaft Positionen nach Fähigkeiten

und Leistung vergeben werden. Antidiskriminierungsgesetze sind hier ein wichtiges Element.

Bei der Schaffung von Gleichheit bei der Verteilung materieller Güter geht es darüber hinaus darum, zu verhindern, dass die Unterschiede zu groß werden zwischen jenen, die Führungspositionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erreicht haben, und jenen, denen dies nicht gelungen ist. Wichtige Elemente für eine solche Umverteilung sind eine deutlich progressive Besteuerung von Einkommen und Vermögen und solide soziale Sicherungs- und Transfersysteme. Eine solche Umverteilung ist jedoch nicht ohne Kritik: Viele Volkswirte warnen, dass hohe Steuersätze Unternehmergeist und Leistungsbereitschaft bremsen und mithin zu niedrigerem Wirtschaftswachstum führten. Allerdings ist umstritten, ab welchen Steuersätzen und welchem Grad der Umverteilung solche Effekte relevant werden.

Nachdem vor allem in den 1970er Jahren ein starker Fokus auf die Gleichheit auch beim Verteilungsergebnis gelegt wurde, hat sich dieser Trend im Laufe der 1980er und 1990er Jahre umgekehrt. In den 1990er und frühen 2000er Jahren herrschte unter dem Label „Dritter Weg“ auch bei europäischen Sozialdemokraten die Auffassung vor, Chancengleichheit sei Verteilungsgleichheit vorzuziehen. Infolge wurden in vielen Ländern unter Mitte-Links-Regierungen Spitzensteuersätze bei Einkommen sowie Unternehmens- und Vermögenssteuern gesenkt.



Insbesondere seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 hat erneut ein Umdenken eingesetzt. Zum einen weisen neuere Ergebnisse aus der Glücksforschung darauf hin, dass Menschen in Gesellschaften mit geringerer wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit zufriedener sind. Auch treten Probleme wie Kriminalität und Gewalt verstärkt in ungleichen Gesellschaften auf.

Zum anderen gibt es Anhaltspunkte, dass die wachsende Ungleichheit sowohl zu der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 als auch zur langsamen Erholung der westlichen Volkswirtschaften beigetragen hat: Ärmere Haushalte geben gemeinhin einen größeren Anteil für den Konsum aus als reichere Haushalte. Eine wachsende Umverteilung von unten nach oben bedeutet deshalb einen strukturellen Mangel an Endnachfrage.

Zu guter Letzt werden die als Marktergebnis erzielten Einkommensverteilungen zunehmend als ungerecht wahrgenommen, weil insbesondere im Finanzsektor unverhältnismäßig hohe Bezüge gezahlt werden und nun zunehmend in Frage gestellt wird, ob diese Bezüge in irgendeinem Verhältnis zum gesellschaftlichen Nutzen dieses Sektors stehen.

Weitere Beiträge und mehr Informationen zum Kongress finden Sie auf der Website:
www.werteundpolitik.de